

Philipps



Universität
Marburg

MENA direkt

Islamismus in Bewegung

Schriftenreihe des Fachgebiets Politik
am Centrum für Nah-und Mittelost-Studien (CNMS)

Ennahda und ihr Verhältnis zur Zivilgesellschaft:

Selbstverständnis und Praxis

Ivesa Lübben

No. 02 – Juni 2015 – ISSN: 2364-7035

Inhalt

1. Einleitung.....	1
2. Zum Begriff „Zivilgesellschaft“	2
3. Der Begriff der Zivilgesellschaft bei Rachid al-Ghannouchi	3
4. Die Rolle der tunesischen Zivilgesellschaft im Verfassungsprozess	5
5. Zivilgesellschaftliche Praxis von Ennahda	7
6. Die Zivilgesellschaft aus Sicht Ennahdas: Re-Formulierung des Begriffs und offene Problematiken	14
7. Auswertung	15

1. Einleitung

Für Ennahda spielt die Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle im tunesischen Transformationsprozess. Sie „ist unabhängig vom Staat und setzt die Energien und Potentiale der Individuen als Garantie gegen alle Formen von Despotismus und Ungerechtigkeit frei“, wie es im Programm von 2011 heißt. Die Zivilgesellschaft sei Teil eines neuen Gesellschaftsvertrags, der auf Konsens und auf der Partnerschaft aller gesellschaftlichen Gruppen beruhe. In dem Wahlprogramm von 2014 wird ebenfalls eine größere Rolle der Zivilgesellschaft als „aktiver Partner einer demokratischen Staatsmacht bei der Verankerung von Rechts- und Freiheitswerten, dem Wert der Arbeit und der sozialen Verantwortlichkeit“ eingefordert. Die Repräsentanz der Organisationen der Zivilgesellschaft in allen offiziellen und staatlichen Körperschaften müsse gestärkt werden.

Damit hat Ennahda ein Konzept in ihr politisches Programm übernommen, das seit den Erfahrungen der Umwälzungen in Osteuropa und Lateinamerika in der Transformationstheorie als wichtige Komponente der Konsolidierung von Demokratisierungsprozessen gilt und seit Ende der 1980er Jahre als Teil einer *bottom-up*-Strategie der externen Demokratieförderung in entwicklungspolitische Konzepte Eingang gefunden hat.¹

Der Gründer von Ennahda, Rachid Ghannouchi, war Anfang der 1990er Jahre einer der ersten islamistischen Intellektuellen, der den Begriff der Zivilgesellschaft (*al-mujtama' al-madani*) in seinen Schriften übernommen hat. Ennahda selber ist als soziale Erneuerungsbewegung mit politischem Ziel entstanden. Seit ihrer Wiedezulassung nach dem Sturz Ben Alis sucht sie ihren Platz nicht nur in den Staatsorganen, sondern auch in der sich neu formierenden tunesischen Zivilgesellschaft.

Das Papier versucht eine Antwort auf folgende Fragen zu geben:

- Welches theoretische Verständnis von Zivilgesellschaft hat Ennahda und wie hat es sich durch die Erfahrungen des Transformationsprozesses verändert?
- Welche Beziehung hat Ennahda zur Zivilgesellschaft?
- Welche zivilgesellschaftliche Strategie verfolgt die Bewegung?

Diese Fragen sind nicht nur für die Bewertung des tunesischen Transformationsprozesses von Bedeutung, sondern auch für die Formulierung von Außenpolitik, Stiftungsarbeit und entwicklungspolitischer Kooperation.

Das folgende Papier beruht auf Interviews und Hintergrundgesprächen, die im Januar 2014 sowie im Oktober/November 2014 mit zivilgesellschaftlichen Aktivisten aus dem Umfeld von Ennahda geführt wurden. Es versteht sich als erstes Zwischenergebnis einer Studie, bei der es zunächst um eine Bestandsaufnahme der Ennahda-nahen Zivilgesellschaft und um Selbstwahrnehmungen von deren Problemen durch ihre Aktivisten geht. Bislang gibt es keine empirische Forschung zu der zivilgesellschaftlichen Praxis von Ennahda. Das folgende Papier will hier erste Grundlagen legen.

2. Zum Begriff „Zivilgesellschaft“

Der Begriff Zivilgesellschaft (englisch: *civil society*) hat wiederholt seine Bedeutung geändert und ist nicht eindeutig von Begriffen wie „Bürgergesellschaft“ oder „Öffentlichkeit“ abgrenzbar.² Heute wird unter Zivilgesellschaft i.d.R. die „plurale Gesamtheit der öffentlichen Assoziationen, Vereinigungen und Zusammenkünfte verstanden, die auf dem freiwilligen Zusammenhandeln der Bürger beruhen.“³ Zivilgesellschaftliche Organisationen artikulieren materielle oder auch normative Interessen ihrer Mitglieder. Sie agieren in „einer vorstaatlichen oder nicht-staatlichen Handlungssphäre“⁴ und sind unabhängig von wirtschaftlichen Profitinteressen. Zivilgesellschaft hat auch eine normative Seite. Sie ist Menschen- und Freiheitsrechten sowie Werten wie Toleranz, Gewaltfreiheit und gegenseitiger Akzeptanz verpflichtet.^a Zivilgesellschaft dient der sozialen Integration, hat jedoch auch ein politisches Moment. Sie versucht im Interesse ihrer Klientel oder auf der Basis von ihr vertretener Werte Einfluss auf die Politik zu nehmen.⁵

Trotz eines allgemeinen Konsenses in der zeitgenössischen Literatur über die genannten Grundzüge gibt es Differenzen über nicht unerhebliche Details, die Auswirkungen auf die Praxis und die Ausgestaltung des rechtlichen Rahmens haben, in dem sich Zivilgesellschaft bewegt:

- Wo genau verläuft die Grenze zwischen dem nicht-staatlichen Raum von „Zivilgesellschaft“ und der „politischen Gesellschaft“ bzw. der Staatsmacht? Sind Parteien als Orte bürgerlichen Engagements Teil der Zivilgesellschaft oder staatstragende Institutionen?
- Ist Zivilgesellschaft ein Ort gesellschaftlicher Konsensstiftung oder der Austragung von sozialen Kämpfen um die ideologische Hegemonie?
- Ist Zivilgesellschaft ein Gegenpol zum Staat, unterstützt sie ihn oder macht sie ihn in Teilbereichen gar überflüssig?
- Ist Zivilgesellschaft per Definition säkular oder sind Kirchen – zumal in Ländern ohne Staatskirche – nicht auch Teil der Zivilgesellschaft?^b
- Umfasst Zivilgesellschaft nur formalisierte Organisationen oder auch nicht institutionalisierte soziale Bewegungen und Bürgerinitiativen?

Vor den aktuellen Umwälzungen wurden in der MENA-Region mit dem Begriff Zivilgesellschaft diejenigen NGOs bezeichnet, die sich der Themen der „Neuen Sozialen Bewegungen“ – wie Menschen- und Frauenrechte oder Umweltfragen – annahmen. Restriktive Gesetzgebungen sowie die hegemonialen Diskurse der autoritären Staaten entpolitisierten den Begriff der Zivilgesellschaft. NGOs durften ausschließlich auf sozialen Feldern operieren, sich aber weder in die Politik einmischen noch die Interessen sozialer Gruppen vertreten. Die Sphäre der Politik war nach dieser Vorstellung Parteien vorbehalten, die sich jedoch jedes gesellschaftspolitischen Engagements enthalten mussten. Für Interessenvertretung waren ausschließlich die Gewerkschaften zuständig.^c

^a Adloff, S.8. Damit grenzen sie sich von faschistischen, rassistischen oder gewaltbereiten Bewegungen ab.

^b So fand vom 20. Bis zum 22. September 2007 in Berlin eine wissenschaftliche Konferenz zum Thema „Christliche Kirchen und Zivilgesellschaft: Unabhängig oder verbunden statt. Vgl. <https://www.eaberlin.de/nachlese/dokumentationen/bericht-christliche-kirchen-und-zivilgesellschaft/bericht-christliche-kirchen-und-zivilgesellschaft.pdf>.

^c Diese strikte Abgrenzung der Felder Aktionsfelder ‚Politik‘, ‚soziales Engagement‘, ‚gewerkschaftliche Interessenvertretung‘ war Teil einer Diskurs- und Herrschaftsstrategie um die Politisierung unabhängiger sozialer Bewegungen zu verhindern, politischen Parteien eine Basisarbeit zu erschweren und jedes gesellschaftspolitische Engagement strikter Staatskontrolle zu unterwerfen. Wer diese Grenzen überschritt, konnte/kann in vielen arabischen

Der Begriff „zivil“ (arab.: *madani*) wurde sowohl in offiziellen Diskursen wie von den Aktivisten dieser Zivilgesellschaft mit „säkular“ gleichgesetzt,^d wodurch islamistische Basisbewegungen per definitionem aus der Zivilgesellschaft ausgeschlossen blieben. Islamische Zirkel haben dem den Begriff des *ahli* entgegengesetzt, den sie für authentischer hielten, und der staatsunabhängige traditionelle Institutionen wie Moscheen, karikative Organisationen und religiöse Stiftungen (*awqaf*) umfasst.^e

3. Der Begriff der Zivilgesellschaft bei Rachid al-Ghannouchi

Rachid Ghannouchi lehnt die begriffliche Trennung in *mujatama` al-madani* und *mujtama` al-ahli* sowohl durch säkulare Aktivisten wie auch in der Selbstbeschreibung durch Islamisten ab. Eine solche begriffliche Einteilung würde die Zivilgesellschaft spalten und die Islamisten aus dem zivilgesellschaftlichen Konsens ausgrenzen. Ghannouchi benutzt konsequent den Begriff *mujtama` madani*, wenn er von der Zivilgesellschaft spricht.⁶

Dabei knüpft er an die sehr weitgefaste Definition des Center for Arab Unity Studies (CAUS) in Beirut an, in der es heißt: „Wir verstehen unter Zivilgesellschaft die Summe der politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Institutionen, die jede in ihrem eigenen Feld unabhängig vom Staat agieren um vielfältige Ziele zu erreichen.“⁷ Zu zivilgesellschaftlichen Akteuren zählt das CAUS Parteien, Gewerkschaften und Berufsverbände, Vereinigungen von Kulturschaffenden und Entwicklungs-NGOs. Für Ghannouchi ist Zivilgesellschaft eine Vermittlungsinstanz zwischen Individuum und Staat. Sie sei unabhängig vom Staat, soll dessen Interventionen beschränken, soll da, wo es nötig erscheint, Einfluss auf seine Entscheidungen nehmen und seine Leistungen kontrollieren.⁸

Referenz für Ghannouchis Definition der Zivilgesellschaft und ihre normative Ausrichtung sind jedoch nicht wie für säkulare NGOs in der arabischen Welt die Neuen Sozialen Bewegungen in der westlichen Welt, sondern die eigene islamische Geschichte und Erfahrung. Die islamische Bewegung wolle „den islamischen Geist wiederbeleben als Basis für die Rekonstitution der Zivilgesellschaft.“⁹ Die Grundprinzipien einer idealen islamischen Gesellschaft sieht Ghannouchi bereits in der früh-islamischen Gemeindeordnung von Medina von 622. Diese habe einen Gesellschaftsvertrag begründet, in der die Gesellschaft (*umma*) über dem Staat gestanden habe, Funktion des Staates sei es gewesen, dieser Gesellschaft zu dienen.¹⁰

Ländern mit hohen Geldstrafen bis hin zu Gefängnisstrafen rechnen. Vgl. Lübben, Ivesa und Fawzy, Essam (1999): Rückfall in die Untertanengesellschaft: Das neue ägyptische Vereinsgesetz. In: Inamo, 1999, Seite 29-33.

^d Exemplarisch dafür ist das in der arabischen Welt breit rezeptierte Streitgespräch auf der Kairoer Buchmesse im Januar 1992 zwischen dem Theologen Muhammed Ghazali, dem damaligen Generalsekretär der Muslimbruderschaft Mamun al-Hudaibi, und den säkularen Intellektuellen Faraq Foda und Muhammed Kharafallah: „Ägypten: Islamischer oder ziviler Staat?“

^e Tamimi, Azzam (2001). Rachid Ghannouchi – A Democrat within Islam. Oxford: Oxford University Press. S.129. Der Begriff ‚madani‘ leitet sich von arab.: ‚madina‘ (Stadt) ab. Er bedeutet ursprünglich städtisch. ‚Madani‘ wurde lange als Antonym für ‚militärisch‘ benutzt, bevor zivilgesellschaftliche Akteure es dem Begriff ‚islamisch‘ gegenüberstellten. ‚Ahli‘ leitet sich von ‚ahl‘ (Verwandtschaft, Bevölkerung) ab und bedeutet ursprünglich ‚heimisch‘, ‚einheimisch‘. Es kann aber auch die Bedeutung ‚national‘ annehmen. (‚al-bank ahli‘ = Nationalbank; ‚al-fariq ahli‘ = Nationalmannschaft).

Mit dem Ende der Herrschaft der „rechtgeleiteten Khalifen“ und dem Machtantritt der Ummayyaden, sei diese Symbiose von Gesellschaft (*umma*) und Staat (*daula*) aufgehoben worden. In diesem „Coup“ der Ummayyaden gegen die idealisierte islamische Gemeinschaft sieht Ghannouchi die Skepsis vieler Muslime gegenüber dem Staat begründet. Nichtsdestotrotz sei es der *umma* gelungen, in vielen Bereichen ihre Unabhängigkeit von den Herrscherdynastien zu bewahren. Viele der kulturellen und sozialen Einrichtungen sowie der Bildungsinstitutionen seien eine Domäne der Gesellschaft geblieben, die diese relativ unabhängig vom Staat verwaltet habe. Finanziert worden seien sie durch Stiftungen (*waqf* bzw. *habou*), durch religiöse Pflichtabgaben (*zakat*) und Almosen (*sadaqa*). Sufi-Orden, Handwerker-gilden und Stämme hätten das Individuum vor staatlichen Übergriffen geschützt. Während die Exekutive vom Staat monopolisiert worden sei, habe die Gesetzgebung auf der Basis der Scharia in der Hand der Rechtsgelehrten gelegen, die auch dem Herrscher Grenzen gesetzt habe.¹¹ Der Kolonialismus begann die unabhängigen Institutionen dieser traditionellen islamischen Zivilgesellschaft zu unterminieren. Aber erst der post-koloniale autoritäre Staat habe die zivilen, gesellschaftlichen Institutionen endgültig zerschlagen^f und der Gesellschaft damit ihre islamische kulturelle Identität genommen, ohne westliche Werte wie Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie an ihre Stelle zu setzen. „Das Ergebnis war eine autokratische, hegemoniale ‚säkulare‘ Diktatur, die den Staat benutzte, um das Gerüst der Gesellschaft zu unterminieren und ihre Ressourcen im Interesse der herrschenden Oligarchie auszubeuten“, so Ghannouchi.¹²

Ghannouchi glaubt, dass sich die historischen Erfahrungen der *umma* in die moderne Zivilgesellschaft überführen lassen. Prinzipien wie die Machtteilung zwischen Staat und Zivilgesellschaft, der Verzicht des Staates auf das Monopol über die menschlichen Lebensgrundlagen, Freiheit für individuelle und kollektive Initiativen und der Schutz des Privateigentums würden sich mit den Charakteristika und Werten der islamischen Gesellschaft decken.¹³ Die Utopie einer islamischen *umma* ist für Ghannouchi eine Zivilgesellschaft, die sich selbst durch unabhängige Institutionen, die frei, freiwillig und unabhängig vom Staat sind, organisiert. Erst diese Unabhängigkeit befähige sie dazu, die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen und schütze die Gesellschaft vor der Paralyse. Die Monopolisierung von Macht, Kultur und Dienstleistungen durch den Staat dagegen würde nicht nur individuelle Interessen verletzen, sondern den gesamten politischen Prozess gefährden.¹⁴

Eine moderne Zivilgesellschaft ist für Ghannouchi mit islamischen Staats- und Gesellschaftsvorstellungen kompatibel – unter der Voraussetzung, dass die von tunesischen Laizisten postulierte Unvereinbarkeit von Islam und Zivilgesellschaft fallengelassen wird. Der Islam könne im Gegenteil zur Legung der normativen Grundlagen von Zivilgesellschaft beitragen. Religion würde das Verantwortungsgefühl des Menschen gegenüber der Gesellschaft stärken. Der Mensch im Naturzustand sei kein soziales Wesen, sondern hätte barbarische Eigenschaften, die es zu zivilisieren gelte.^g Dazu brauche er moralische oder religiöse Werte. Erst in der Transzendenz der Natur und des natürlichen Egoismus könne der Mensch den nötigen Altruismus und die Leidenschaft zur Aufrechterhaltung sozialer Beziehungen entwickeln.¹⁵ Trotz seiner Kritik am Säkularismus würdigt Ghannouchi dessen progressive Errungenschaften wie Pluralismus, Toleranz und Koexistenz, wobei er Säkularismus vom antikerikalen Laizismus abgrenzt.¹⁶ Säkularismus habe den Staat von der Hegemonie

^f Ghannouchi weist darauf hin, dass vor der Unabhängigkeit Tunesiens 80% der Bildungseinrichtungen und 1/3 des Bodens von Stiftungen (*awqaf*, bzw. *habou*) verwaltet wurden. Eneda, S. 127.

^g Ghannouchi spricht von *tawahush* (Zustand der Wildheit/Rohheit), ebenda S. 141. Ghannouchi geht darauf ein, dass auch in der Moderne Staaten in diesen Zustand der Rohheit zurückfallen können, wenn sie den Wertebezug verloren haben. Er führt Faschismus, Kommunismus, Kapitalismus, aber auch die zunehmende Naturzerstörung im Interesse der Profitmaximierung an, ebenda. S.152.

der Kirche befreit und den Weg für die Herrschaft der Vernunft geebnet.¹⁷ Solange es keinen Konsens unter den Gläubigen über die Form eines islamischen politischen System gebe, sei ein säkulares System, das bürgerliche Freiheit, Menschenrechte, politischen Pluralismus, Unabhängigkeit der Justiz, Pressefreiheit und Freiheit für Moscheen und islamische Institutionen garantiert, eine Alternative.^h

4. Die Rolle der tunesischen Zivilgesellschaft im Verfassungsprozess

Nachdem der tunesische Verfassungsprozess zweimal vor dem Hintergrund politischer Morde fast zum Erliegen gekommen wäre, hat die Einbeziehung der Zivilgesellschaft nicht unerheblich zur Entschärfung des politischen Klimas beigetragen. Es war das Quartett aus vier traditionsreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen – der Gewerkschaft *Union Générale Tunisienne du Travail* (UGTT), dem Unternehmerverband *Union Tunisienne de l'Industrie, du Commerce et de l'Artisanat* (UTICA), der tunesischen Menschenrechtsliga und dem Verband der Rechtsanwälte – das zwischen den sich gegenseitig blockierenden Fraktionen vermittelte und sicherstellte, dass der verfassungsgebende Prozess schließlich in einem weitreichenden nationalen Konsens über eine politische Roadmap endete. Aber auch die *Assemblée Nationale de Constituante* (ANC) hat, was die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Verfassungsdebatte betrifft, neue Standards gesetzt. Damit hat sie praktisch demonstriert, was die in der Präambel beschlossene, partizipative Demokratie (*demuqratiyya tasharukiyya*) für das Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft und Politik praktisch bedeuten kann.ⁱ

Im Februar 2012 beauftragte das Sekretariat der von Ennahda dominierten ANC den Sekretär des Parlamentspräsidenten und Ennahda-Abgeordneten Badreddine Abdelkafi, ein Liaison-Komitee für Kontakte zur Zivilgesellschaft einzurichten. Abdelkafi, der Ennahda und ihren Vorgängerorganisationen seit 1981 angehört und nach der Wiedezulassung 2011 Sekretär in Sfax war, gilt als der Architekt des Dialogs mit der Zivilgesellschaft. „Wir fühlten, dass die Beziehungen zur Zivilgesellschaft [...] unerlässlich für den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft sind“, erklärte Abdelkafi in einem Interview mit der Jasemin Foundation, einem Ennahda-nahen Think-Tank.¹⁸ „Das eröffnet dem tunesischen Bürger und der Zivilgesellschaft Kanäle, ihre Sorgen zu artikulieren und gewährleistet einen Dialog zwischen dem Volk und seinen Repräsentanten.“ Auch wenn dem Komitee Abgeordnete aller Fraktionen angehörten, zeigt die Initiative welchen Stellenwert die Zivilgesellschaft in den politischen Visionen von Ennahda hat.^j

Nach der Veröffentlichung des ersten Verfassungsentwurfs organisierte das Komitee in den Räumen des ANC und mit einem Minimum an logistischen Mitteln^k unter dem Slogan „Towards a joint Drafting of the Constitution“ zweitägige Workshops, zu denen die Zivilgesellschaft eingeladen war. Um sich nicht dem Vorwurf der Parteilichkeit auszusetzen, war es nicht das Komitee, das ausgewählte NGOs einlud. Interessenten waren stattdessen aufgerufen, sich über eine Website für die

^h Ebenda. Ghannouchi grenzt jedoch Säkularismus im angelsächsischen Sinne vom französischen Laizismus ab, den er zurückweist.

ⁱ Siehe die Präambel der tunesischen Verfassung von 2014: http://www.marsad.tn/uploads/documents/TnConstit_final_1.pdf. Letzter Zugriff: 25.2.2015.

^j Abdelkafi weist darauf hin, dass er auf eine ausgeglichene politische Repräsentation bei den Dialogrunden geachtet hätte, um jeden Eindruck zu vermeiden, dass Ennahda den Dialog monopolisieren wollte. Interview mit Badreddine Abdelkafi, Tunis, November 2014.

^k Es gab zunächst weder einen Sitzungsraum für das Komitee, noch Verwaltungskraft.

Workshops zu registrieren. Auf dieser Website konnten Tunesier ebenfalls Anmerkungen und Vorschläge zu einzelnen Verfassungsartikeln machen, die gesammelt und an die betreffenden Verfassungskomitees weitergeleitet wurden. Nach den positiven Erfahrungen der ersten Dialogrunde – an den Workshops hatten Vertreter von 300 NGOs teilgenommen – organisierte das Liaison-Komitee von Dezember 2012 bis Februar 2013 einen erweiterten Nationalen Dialog in allen Provinzen des Landes, an dem sich über 6000 Tunesier beteiligten.¹⁹

Den Abgeordneten ging es nicht darum, ihre Positionen in der ANC zu verteidigen, sondern den Leuten zuzuhören. Besonders wichtig war ihnen der Dialog mit jungen Leuten, weswegen spezielle Seminare mit Studenten an den Hochschulen stattfanden. Alle von Bürgern gemachten Vorschläge, Einwände und Ergänzungen wurden dokumentiert. Auf Initiative des Liaison-Komitees änderte die ANC ihre Statuten, um eine erneute Diskussion dieser Vorschläge zu ermöglichen und diese ggf. in den Verfassungsentwurf einzuarbeiten. Nach der Verabschiedung der Verfassung organisierte das Komitee eine landesweite Kampagne, über welche die Tunesier mit der neuen Verfassung bekannt gemacht werden sollten.²⁰ Der gesamte Prozess wurde vom UNDP (*United Nations Development Program*) begleitet, das die tunesischen Erfahrungen auch anderen Ländern zugänglich machen will. Laut UNDP-Statistiken wurden 30.651 Bürger an dem Dialogprozess teil.²¹

Einige Abgeordnete der ANC hätten ihm anfänglich Populismus vorgeworfen, meint Abdelkafi. Andere hätten ihm unterstellt, er wolle durch die öffentliche Diskussion die finale Redaktion der Verfassung im Interesse von Ennahda manipulieren. Einige etablierte NGOs warfen Ennahda vor, sie habe über den Nationalen Dialog eine parallele Zivilgesellschaft aufbauen wollen. All diese Vorwürfe weist Abdelkafi mit dem Argument zurück, dass anders als in der ANC innerhalb der Zivilgesellschaft die Ennahda-kritische, politische Linke dominiere, was die Ennahda trotzdem nicht davon abgehalten habe, den nationalen Dialog zu unterstützen. Ennahda sei der Meinung gewesen, dass die breite Debatte dem Verfassungsprozess zusätzliches Gewicht und Akzeptanz verleihe.²²

Die Kooperation innerhalb des Komitees über alle Parteigrenzen habe die Dialogkultur gestärkt. Gerade weil viele NGOs sich als säkular verstehen, sei die anfängliche Fundamentalopposition gegen die Ennahda-Mehrheit im ANC einer sachlichen Diskussion gewichen. „Viele NGOs haben eine politische Ausrichtung. Sie kritisieren unsere Initiativen allein aus dem Grund, weil sie von Ennahda kommen. Genau deswegen wollte ich sie einbeziehen. Sie sollten sich als Beobachter selbst ein Bild machen, sich beteiligen und die Arbeit der ANC von einer neutralen Warte beobachten. Dadurch sollte die Politisierung des verfassungsgebenden Prozesses entschärft werden. Durch die Transparenz des Prozesses haben wir der Verfassung eine höhere Akzeptanz und Wertschätzung verschafft.“²³

5. Zivilgesellschaftliche Praxis von Ennahda

In der ersten Phase des Transformationsprozesses bestand eine offensichtliche Disproportion zwischen den politischen Kräfteverhältnissen innerhalb der „Politischen Gesellschaft“ und hier vor allem in der ANC einerseits und denen innerhalb der Zivilgesellschaft andererseits. Während Ennahda aus den Wahlen 2011 als stärkste politische Kraft hervorgegangen war und auch 2014 gezeigt hatte, dass sie trotz Rückschlägen über ein stabiles Wählerpotential verfügt, war sie in der Zivilgesellschaft kaum präsent. Das hatte verschiedene Ursachen: Unter Ben Ali war Ennahda nicht nur als Partei verboten, auch zivilgesellschaftliche und religiöse Aktivitäten waren ihren Anhängern untersagt. Alle Moscheen und religiöse Institutionen standen unter strikter Regierungskontrolle. War Ennahda in den 1980er Jahren in Massenorganisationen wie der UGTT aktiv, sorgte das Ben Ali-Regime dafür, dass in den 90er Jahren alle Ennahda-Mitglieder aus Funktionen entfernt wurden.

Nach der Revolution konzentrierte sich Ennahda zunächst auf den politischen Prozess und die Verfassungsdebatte. Die wenigen Mitglieder, die vor 2011 in links dominierten zivilgesellschaftlichen Organisationen wie der Menschenrechtsliga aktiv waren, fühlten sich durch die politische Polarisierung in der Transformationsphase zunehmend marginalisiert. Dabei waren die Gesellschaftsreform von unten, soziale Projekte und religiöse Erziehung immer wichtige Arbeitsfelder moderat-islamistischer Bewegungen, die Politik nie losgelöst von sozialen Veränderungen und persönlicher Katharsis begriffen haben. Nachdem sich Ennahda zunächst auf Fragen der politischen Neuordnung konzentriert hatte, begannen sich Aktivisten von Ennahda ab 2013 wieder stärker zivilgesellschaftlichen Aktivitäten zuzuwenden, um die demokratische Transformation von oben durch eine Transformation von unten auf Provinz- und kommunaler Ebene zu stärken.

Hieraus entstand der *Pôle Civil pour le Développement et Droit de l'Homme* (*al-qutb al-madani lil-tanmiya wal-huquq al-insan*) als Kern einer Ennahda-nahen Zivilgesellschaft. Gleichzeitig versuchten Ennahda-Mitglieder sich in die großen Massenorganisationen zu re-integrieren. Der Aufbau eines religiösen Sektors und *Da'wa*-Aktivitäten – eines der traditionellen Felder der Aktivitäten islamistischer Bewegungen – spielte in der Strategie von Ennahda in der Übergangsphase nur eine marginale Rolle.

a. Der Pôle Civile pour le Développement et pour les Droits de l'Homme

Der *Pôle Civile pour le Développement et pour les Droits de l'Homme* (Im Folgenden: Pôle Civile) wurde von Aktivisten aus dem Ennahda-nahen Spektrum im November 2013 als Netzwerk zivilgesellschaftlicher Basisinitiativen und Vereine gegründet. Im Fokus steht der Begriff des „Rechts“, der politische und soziale Rechte, Menschen-, Frauen- und Jugendrechte umfasst. „Auch Entwicklung ist ein Recht, saubere Umwelt ist ein Recht“, erklärt Faouzi Ben Helal, der Vizepräsident des Netzwerkes. Es gehe darum, an der Basis ein Bewusstsein für Rechte zu entwickeln und zu kontrollieren, ob die Regierung bei der Konzipierung von Entwicklungsprogrammen die sozialen und ökonomischen Rechte der Bevölkerung berücksichtigt.¹

¹ Die Informationen über den Pôle Civile beruhen auf zwei Round-Table Diskussionen mit Sprechern und Mitgliedsorganisationen des Pôle Civile im Januar und im November 2014.

Der Pôle Civile versteht sich nicht allein als Plattform für Organisationen, die ideologisch Ennahda nahestehen, sondern all derjenigen NGOs, die bislang in der Zivilgesellschaft marginalisiert waren, sei es aufgrund der politischen Repression unter dem alten Regime, sei es aufgrund der politischen Polarisierung innerhalb der Zivilgesellschaft, oder sei es, weil sie in den vernachlässigten Gegenden des Südens oder des Landesinnern keinen Zugang zu Ressourcen oder Expertise hatten. Die meisten der in Tunesien aktiven NGOs haben sich erst nach der Revolution gebildet und haben deswegen wenig Erfahrung. Tunesien befinde sich in einer Phase der Neugründung. Das gelte nicht allein für den Verfassungsprozess, sondern auch für die Zivilgesellschaft, erklärt Fathi Ben Maamar, der Präsident des Pôle Civil. Unter Ben Ali seien viele NGOs vom Regime kooptiert gewesen, andere hätten die zivilgesellschaftliche Arbeit als Geschäft verstanden und seien durch ausländische Finanzierung reich geworden. Der Pôle Civil versuche diese negativen Aspekte zivilgesellschaftlichen Engagements zu überwinden. Zivilgesellschaftliche Arbeit müsse sich auf Freiwilligenarbeit und auf Grass-Root-Verankerung stützen.

Der Pôle Civile lehnt die Kooperationen mit ausländischen Geberorganisationen nicht ab, sucht aber vor allem technische Expertise z.B. beim Aufbau lokaler entwicklungsorientierter Medien, bei der Wahlbeobachtung und bei Trainings mit dem Ziel der qualitativen Verbesserung der Basisarbeit. „Wir möchten die Kompetenzen, das Wissen und die Persönlichkeit der jungen Leute, die sich engagieren wollen, entwickeln um die Wirkung zu erhöhen. Sie sollen lernen, wie man ein Projekt entwickelt, durchführt, verwaltet und evaluiert oder wie man eine Gruppe leitet. Die Jugend ist das Kapital der Zukunft. Ich kann Geld nehmen und ausgeben. Das hat aber keine langfristigen Implikationen. Was Implikationen hat, ist das menschliche Know How, sind junge Leute, die wissen, wie man einfache Ideen umsetzt und damit dem Land etwas zu Gute zukommen lässt,“ so Fathi Ben Maamar.^m Gerade kleine Organisationen wüssten oft nicht, wie sie Unterstützung generieren können. Geberorganisationen und internationale NGOs würden die Kooperation mit großen, etablierten NGOs vorziehen. Auch deshalb sei es sinnvoll NGOs zu bündeln, ohne sie jedoch in ihrer Eigenständigkeit einzuschränken.

Dem Pôle Civile gehören 250 Organisationen an (Stand November 2014). Er versteht sich als horizontales Netzwerk, nicht als eine hierarchische Organisation. Auf Provinzebene gibt es von den Mitgliedsorganisationen gewählte Koordinationsgremien, die sich aus einem/einer KoordinatorIn und je einem/einer Verantwortlichen für die Bereiche Jugend, Frauen, Entwicklung und Rechte und Freiheiten zusammensetzen.ⁿ Daneben versucht der Pôle Civile landesweit Gruppen nach Tätigkeitsfeldern wie Transitional Justice, Jugend oder Frauen zu vernetzen. Der Pôle Civile hat inzwischen Mitgliedsorganisationen in allen Provinzen des Landes.

Das Koordinationsgremium schreibt keiner Mitgliedsorganisationen Programmatiken oder Tätigkeitsfelder vor. „Es gibt aber auch NGOs, die etwas machen wollen, aber nicht genau wissen, was. Dann beraten wir sie, oder stellen gemeinsam Überlegungen an. Andere haben eine Idee, wissen nicht wie sie sie umsetzen sollen, dann helfen wir ihnen, eine Strategie zu entwickeln oder wir setzen die Idee gemeinsam um. Wir zwingen niemandem ein Tätigkeitsfeld auf. Manchmal fällt uns jedoch auf, dass es in einer Region keine NGOs gibt, die zu Entwicklungs- oder zu Umweltfragen

^m Fethi Ben Maamar, Vorsitzender der Pôle Civile, Tunis, November 2014.

ⁿ Bislang gibt es Koordinationskomitees in 12 Provinzen (Stand November 2014). In anderen Provinzen hat der Pôle Civile Beauftragte, die Kontakte zu zivilgesellschaftlichen Vereinen aufbauen und sie vernetzen. Der Pôle Civile strebt an bis Sommer 2015 in allen Provinzen ein gewähltes Koordinationsgremium zu haben.

arbeiten. Dann machen wir Vorschläge oder diskutieren mit den existierenden NGOs gemeinsam, wie man das Thema aufgreifen könnte.“²⁴ Die Beziehungen des Pôle Civile zu den einzelnen Mitgliedern sind flexibel. Die Mitgliedschaft im Pôle Civile schließt Mitgliedschaften in anderen Netzwerken nicht aus. Die einzige Bedingung ist die Anerkennung des Statuts.

Wichtige zentrale Arbeitsfelder sind Jugend, Transitional Justice und Wahlbeobachtung. Der Pôle Civile hat ein „Forum der Jugend Tunesiens für Bürger- und Menschenrechte“ gegründet, das junge Menschen als Menschenrechtsmultiplikatoren trainiert. Sie sollen beim Aufbau der neuen Staatsstrukturen ein Auge auf die Einhaltung ökonomischer, sozialer und politischer Rechte haben. In der Verfassung wird in Artikel 8 und 133 der Jugend das Recht auf Vertretung in allen Körperschaften und Repräsentationsorganen verbrieft.^o Gemeinsam mit den Multiplikatoren sollen Strategien entwickelt werden, wie dies nicht nur an der Staatsspitze, sondern auch auf Gouvernorats- und Gemeindeebene umgesetzt werden kann. Eine andere Arbeitsgruppe junger Menschen arbeitet zum Komplex der Transitional Justice. Es geht ihnen nicht nur um die Entschädigung und Rehabilitierung der Opfer des alten Regimes. Transitional Justice sei wichtig für das kollektive Gedächtnis, denn nur wenn man die eigene Vergangenheit aufgearbeitet habe, könne man ähnliche Fehler in der Zukunft vermeiden. Es gäbe auch viele Jugendliche, die indirekt Opfer des Regimes seien, weil die Verfolgung von Familienmitgliedern ihre persönliche Sozialisation nachhaltig geprägt hätte. Die Jugend sei es den Opfern schuldig, für die Rehabilitierung ihrer Würde einzutreten. Sie hätten schließlich auch für eine bessere Gesellschaft für zukünftige Generationen gekämpft.²⁵ Der Pôle Civile war auch an der Wahlbeobachtung bei der Parlaments- und Präsidentschaftswahl beteiligt und hat in Kooperation mit der NGO *Shahid* (Zeuge) 5.000 der insgesamt 24.000 Wahlbeobachter gestellt.

Die Initiatoren des Pôle Civile sind zwar in ihrer Mehrheit Mitglieder oder Anhänger von Ennahda, sie erhalten aber weder Direktiven von der Parteiführung, noch betrachten sie den Pôle Civil als Abteilung der Partei. Der Pôle Civile ist für Ennahda-Mitglieder eher ein Netzwerk, in dem sie sich nach den Jahren der Verfolgung unter Ben Ali und als Konsequenz der Marginalisierung durch säkulare NGOs als aktive Mitglieder der Zivilgesellschaft rehabilitieren können. Parteimitgliedschaften der Aktivisten sind Privatangelegenheit. Das Netzwerk ist für Mitglieder aller Parteien offen, solange sie die Statuten anerkennen. Und auch Ennahda wird kritisiert, sollte sie im Widerspruch zu Zielen der Zivilgesellschaft handeln. Gerade in Fragen der Transitional Justice gab es Kritik von Opferorganisationen, die Ennahda vorwarfen, während ihrer Regierung bei der Opferentschädigung nicht konsequent zu sein, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, sie wolle eigenen Mitgliedern materielle Vorteile zuteilwerden zu lassen.^p

Der Pôle Civile ist kein islamistisches Projekt. Für die Gründer des Netzwerkes ist der Islam Teil der tunesischen Identität. „Ich entwickle meine Gedanken in der Interaktion mit der Gesellschaft“, erklärt Fathi Ben Maamar. „Mich interessiert, wie ich die islamische Idee zu einer zivilgesellschaftlichen Idee machen kann. Wie kann ich mich als Muslim in der Zivilgesellschaft auf der Basis anerkannter, universeller Werte bewegen. Es gibt für mich keinen Widerspruch zwischen dem Islam

^o Artikel 8 und 133 der neuen tunesischen Verfassung.

^p Ennahda wurde wiederholt vorgeworfen, eigene Mitglieder im Rahmen des Rehabilitationsprozesses Vorteile bei der Vergabe von Ämtern verschafft zu haben, für die sie nicht qualifiziert seien. Deswegen wurde sie während ihrer Regierungszeit sehr zurückhaltend bei Rehabilitierungsmaßnahmen, was zu Kritik von Opferorganisationen führte. Interview mit Vertretern der Opferorganisation al-Karama, Januar 2014.

und der Zivilität, zwischen dem Islam und dem Respekt vor anderen, zwischen dem Islam und Freiheit, Demokratie und Menschenwürde. Und ich mache mir Gedanken darüber, wie ich die Jugend von radikalen, gefährlichen Gedanken befreien kann. Wenn wir in der Zivilgesellschaft arbeiten, dann sind wir keine Fremdkörper, drücken der Gesellschaft nichts Fremdes auf, sondern versöhnen uns mit uns selbst.“

b. Ennahda und syndikalistische Massenorganisationen

Ennahda und ihre Vorläuferorganisationen – der *Groupe Islamique (jama' a al-islamiya)* und der *Mouvement de la Tendence Islamique (MTI)* – wurden schon früh ideologisch und in ihrer Praxis von sozialen Massenbewegungen beeinflusst. Zwei einschneidende Ereignisse führten zur Abkehr von der reinen islamischen *Da' wa* zugunsten einer sozialpolitischen Ausrichtung der Bewegung und ihrer Hinwendung zu syndikalistischen Bewegungen: Das erste war der von der UGTT organisierte Generalstreik in Tunesien von 1978, der vom damaligen Bourguiba-Regime brutal niedergeschlagen wurde. Es gab 200 Tote und hunderte Verletzte. Das zweite war die iranische Revolution. Die Beschäftigung mit Theoretikern des schiitischen Islamismus machte die tunesischen Islamisten empfänglich für Fragen der Arbeiterbewegung.²⁶ In den 1980er Jahren begannen sich die Mitglieder der MTI – erst 1989 nannte sie sich in Ennahda um – in der Gewerkschafts- und Studentenbewegung zu engagieren. 1989 stellte die MTI auf dem Kongress des tunesischen Gewerkschaftsverbandes *Union Generale Tunisienne du Travail (UGTT)* etwa ein Drittel der Delegierten.²⁷ Studenten der MTI hatten 1984 erheblichen Anteil an der Gründung des unabhängigen Studentenverbandes *Union Générale Tunisienne des Étudiants (UGTE)* nachdem es dem Bourguiba-Regime gelungen war, die *Union Générale des Étudiants Tunisiens (UGET)* der Kontrolle des Regimes zu unterstellen.

Nach dem Machtantritt Ben Alis wurden jedoch alle Ennahda-Mitglieder ihrer Funktionen innerhalb der großen Massenorganisationen wie der UGTT enthoben. Die UGTE wurde 1991 verboten. Nach dem Sturz Ben Alis begann Ennahda ihre Positionen innerhalb der Studenten- und Arbeiterbewegung zurückzugewinnen. Innerhalb des Landwirtschaftsverbandes, der *Union Tunisienne de L'Agriculture et de la Pêche (UTAP)* stellen Ennahda-Mitglieder die Vorstandsmehrheit.

i. Ennahda und die Arbeitergewerkschaften

Der Einfluss von Ennahda unter Fabrik- und Minenarbeiter ist gering. Die soziale Basis von Ennahda ist die Mittelschicht. Überproportional viele Mitglieder üben Lehrberufe aus. Deswegen ist ihr Einfluss innerhalb der Lehrgewerkschaft und der White-Collar-Gewerkschaften am größten, wenngleich er aufgrund von Berufsverboten unter Ben Ali zurückgegangen ist. Mohamed al-Gouelwi, der Gewerkschaftsverantwortliche Ennahdas, schätzt, dass Ennahda auf dem letzten Gewerkschaftskongress, der 2012 in Tabarka stattfand, 20 % der Delegierte stellte.²⁸

Ennahda-Mitglieder beklagen allerdings, dass die von der Linken dominierte UGTT-Spitze versuche, islamistische Strömungen innerhalb der Gewerkschaft zu marginalisieren und von Ämtern fernzuhalten. Auch würde der interne Demokratisierungsprozess verzögert. So seien beispielsweise die Delegierten auf dem Kongress in Tabarka nicht durch die Gewerkschaftsbasis gewählt, sondern von den regionalen Gewerkschaftsverbänden ernannt worden.²⁹ Aus Protest gegen die mangelnde Transparenz der UGTT-Führung haben sich mehrere Gruppen von Gewerkschaftern abgespalten und eigene Organisationen gegründet. Dazu gehören die islamisch ausgerichtete *Orga-*

nisation Tunisienne du Travail (OTT) unter Lassad Abied, die linke *Confédération Générale Tunisienne du Travail* (CGTT), die *Union de Travailleurs Tunisiens* (UTT) und die tunesische *Liga für Arbeiter*.³⁰ Die UGTT-Linke hat Ennahda vorgeworfen, mit der Gründung der OTT die Gewerkschaftsbewegung spalten zu wollen, während Ennahda bestreitet, etwas mit der OTT zu tun zu haben. Auch der OTT-Vorsitzende Lassad Abied sieht seine Gewerkschaft in der Tradition des Co-Gründers der UGTT, Scheich Fadel Ben Ashour, einem Rechtgelehrten der Zaituna, bestreitet aber Verbindungen zu Ennahda.⁹

Angesichts der drohenden Spaltung der tunesischen Gewerkschaftsbewegung hat das Arbeiterbüro von Ennahda alle Mitglieder der Partei dazu aufgerufen, an der Einheit der tunesischen Arbeiterbewegung festzuhalten. Die Partei würde den Gewerkschaftspluralismus politisch ablehnen.^r Die Gründung von Parallelgewerkschaften würde die Arbeiterbewegung spalten. Dies hätten Erfahrungen in Marokko gezeigt.³¹ Die UGTT sei darüber hinaus eine wichtige nationale Institution, die nicht nur eine Rolle im Befreiungskampf gespielt und gegen alle staatlichen Kooptionsversuche ihre Unabhängigkeit verteidigt habe, sondern darüber hinaus eine konstruktive Rolle bei der Überwindung der Verfassungskrise innehatte. Es gelte unabhängig von Positionen der Führung, die UGTT zu stärken und durch konstruktive Initiativen von innen zu reformieren.³²

ii. Ennahda und die *Union de l'Agruculture et de la Pêche* (UTAP)

Die UTAP ist mit 300.000 Mitgliedern die zweitgrößte Massenorganisation Tunesiens. Sie wurde 1950 gegründet, spielte eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung der Bauernaufstände gegen den Kolonialismus, wurde jedoch nach der Unabhängigkeit Tunesiens in Staatsstrukturen kooptiert und war unter Bourguiba und Ben Ali eine wichtige Stütze des Regimes. Heute spielen Ennahda-Mitglieder in der UTAP-Führung anders als in der UGTT eine wichtige Rolle. Viele der Ennahda-Mitglieder, die in den 1990er Jahren mit Berufsverboten belegt wurden, zogen sich in die Landwirtschaft zurück. Das wurde durch die Tatsache begünstigt, dass viele tunesische Familien mit dörflichen Wurzeln noch Land besitzen. Dadurch wuchs der Einfluss der Islamisten – viele von ihnen mit Universitätsabschluss – unter den Landwirten.³³

Nach dem Sturz Ben Alis bildete sich innerhalb der UTAP eine „Rettungsfront“, die forderte, dass der Verband von korrupten Kadern des Ben Ali-Regimes gesäubert wird. Adel Massaoudi, stellvertretender Vorsitzender der UTAP, sagte dazu: „Wir waren der Überzeugung, dass sich die Revolution auch innerhalb staatlicher Institutionen und Massenorganisationen fortsetzen muss, wenn sie Bestand haben soll. Wir haben eine provisorische Führung gebildet, die sich paritätisch aus Mitgliedern der Rettungsfront und der alten Führung zusammensetzte. Wir haben dann Wahlen

⁹ Interview mit Mohammed al-Gouelwi, Tunis, Januar 2014. Interview mit dem Vorsitzenden der OTT, Lassad Abidi, Tunis, Januar 2014. Abidi erklärte auch, dass es die „Korrekturbewegung“ innerhalb der UGTT war, die Demonstrationen am 4.12.2012 vor dem UGTT-Hauptquartier organisiert habe, bei denen es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Kadern der UGTT gekommen sei. Von der UGTT-Führung wurden die Ennahda und die Ligen zur Verteidigung der Revolution dafür verantwortlich gemacht. Aus dieser „Korrekturbewegung“ ist die OTT hervorgegangen. Abidi behauptet jedoch, dass UGTT-Ordner mit der Gewalt begonnen habe und sagt, die OTT habe dies anhand von Fotos und Videos dokumentiert.

^r Ennahda will keine Einheitsbewegung wie es in anderen arabischen Ländern üblich ist, gesetzlich erzwingen. Dies würde der gewerkschaftlichen Organisationsfreiheit widersprechen. Das Prinzip der Einheitsgewerkschaft müsse sich auf der Basis von Freiwilligkeit und Überzeugung innerhalb der Arbeiterschaft durchsetzen müsse.

durchgeführt, zunächst auf Dorf-, dann auf Provinzebene. Im Mai 2013 fand dann der Nationalkongress statt, auf dem die neue Führung gewählt wurde. Wir haben unabhängige Wahlbeobachter von ATIDE^s eingeladen, die Wahlen zu begleiten, damit uns niemand Wahlmanipulation vorwerfen kann.“³⁴

Auch wenn die Mehrheit des jetzigen Vorstandes Ennahda angehört, so achtet die UTAP auf eine strikte Trennung zwischen Partei- und Verbandszugehörigkeit. Jeder Kandidat für ein Amt innerhalb der UTAP muss schriftlich erklären, dass er keinerlei Ämter in einer politischen Partei bekleidet. Dies bedeutet nicht, dass die UTAP sich als unpolitisch versteht. Im Gegenteil: Sie hat eine neue Landwirtschaftsstrategie für Tunesien entwickelt und hat auch unter den Ennahda-Regierungen wiederholt Protestaktionen gegen Regierungsbeschlüsse – z.B. gegen zu niedrige staatliche Preise bei landwirtschaftlichen Produkten – durchgeführt.

Trotz ihrer Bedeutung fühlt sich die UTAP von anderen Massenorganisationen marginalisiert. So hatte sich die UTAP angeboten, an den Vermittlungen des Quartetts aus UGTT, UTICA Menschenrechtsliga und Rechtsanwältvereinigung zur Überwindung der Paralyse des Verfassungsprozesses teilzunehmen. Immerhin hätte sie in jedem Dorf des Landes Mitglieder, selbst in den marginalisierten Gebieten der Grenzregionen des Landes, die mit dem Terrorismus zu kämpfen hätten. Ihre Initiative sei jedoch von der UGTT abgelehnt worden.

iii. Ennahda und die Studentenbewegung

Nach dem Sturz des Ben Ali-Regimes hätte die Ennahda-Jugend eine einheitliche Studentenorganisation vorgezogen. Die Ennahda-Studenten hatten deswegen die Führung der UGET kontaktiert und vorgeschlagen, dass sie UGET unter der Bedingung von Neuwahlen beitreten würden. Der damalige UGET-Vorsitzende war bereits seit 2001 im Amt und war bereits seit längerem exmatrikuliert. Die UGET lehnte das Angebot jedoch ab. Deswegen entschied sich die Ennahda-Jugend gemeinsam mit anderen Studentenaktivisten die UGTE wiederzubeleben. Der UGTE ist keine Ennahda-Organisation, sondern ein unabhängiges Studentensyndikat, dem nicht nur Ennahda-Mitglieder, sondern auch Anhänger linksliberaler Parteien wie dem *Congrès pour la République* (CPR) angehören. Die Mitgliedschaft ist nicht an Parteizugehörigkeiten gebunden. Die UGTE versteht sich als Vertretungsorgan studentischer Interessen. Die UGTE ist inzwischen die größte Studentenunion, die bei den letzten Studentenratswahlen im Februar 2015 43% der Sitze erzielte.^t

Daneben hat Ennahda eine eigene Studentenorganisation, die „Ennahda-Jugend an der Universität“, deren gewählter Vertreter Hicham Larayedh automatisch Mitglied des Exekutivbüros von Ennahda ist. Die Ennahda-Studentengruppen führen Diskussions- und Kulturveranstaltungen, Seminare und Proteste durch. Auch wenn Larayedh dagegen ist, dass die Arbeit innerhalb der UGTE parteipolitisch politisiert wird, glaubt er, dass Universitäten ein wichtiger Raum für politische Debatten sind und bleiben sollen. Es sei wichtig, dass die verschiedenen politischen Strömungen im Lande lernen, miteinander umzugehen und sich gegenseitig zu akzeptieren. „Die Universität sei der einzige Ort, wo man dies üben kann. Nur an der Universität trifft man auf alle politischen Strömungen, hat die Möglichkeit mit allen zu diskutieren. Nur hier kann man die gegenseitige Akzeptanz lernen.“³⁵

^s Association pur l'intégrité et la démocratie des élections, ATIDE ist wichtigste Wahlbeobachtungsorganisation.

^t UGET erzielte 31 %, der Rest ging an Unabhängige Kandidaten.

c. Ennahda und die Religiöse Zivilgesellschaft

Ennahda hat als islamische Dawa- und Reformbewegung, die sich allerdings schon früh politisiert und versucht hat, eine Zulassung als politische Partei zu erlangen, eine Doppelrolle inne. Nach der Revolution hat sie sich jedoch auf ihre politischen Funktionen konzentriert. Hier unterscheidet sie sich von anderen islamistischen Reformbewegungen wie den Muslimbrüdern. Diese gründeten zwar in mehreren arabischen Ländern auch politische Parteien, welche jedoch weiterhin von den islamischen Mutterorganisationen dominiert sind. Der Politisierungsprozess von Ennahda wurde unbeabsichtigt durch Vorwürfe laizistischer Kreise begünstigt, Ennahda würde die Religion instrumentalisieren. Um politisch glaubwürdig zu bleiben, hat sie sich als Reaktion auf diese Anschuldigungen weitgehend aus islamischen Institutionen zurückgezogen. Dieser Schritt führte innerhalb Ennahdas zu Diskussionen über das eigene Selbstverständnis. Der heute amtierende stellvertretende Parlamentssprecher Abdelfattah Mourou berichtet, dass er anfangs noch in Moscheen gepredigt habe. Aber es hätte Proteste gegeben. Man habe ihm vorgeworfen, er würde die Moschee als parteipolitische Plattform missbrauchen. Deswegen habe er es aufgegeben, in Moscheen zu predigen.³⁶ Mourou sieht jedoch das Problem, dass durch den Rückzug von Ennahda aus religiösen Institutionen ein soziales Vakuum entstanden sei, das zunehmend von salafistischen Predigern ausgefüllt werde, da auch die traditionellen Lehranstalten durch das alte Regime ausgetrocknet worden seien.

Trotz des Fokus von Ennahda auf den politischen Transformationsprozess haben dennoch einige Ennahda-Führer Vereinigungen gegründet, die sowohl *Da'wa* wie karitative Funktionen wahrnehmen. Die größte ist der *Verein für Da'wa und Reform (jam'iat al-dawa wal-islam)*, der im Juni 2012 in Sfax, der zweitgrößten Stadt Tunesiens, auf Initiative von Habib al-Louz und Sadiq Shourou gegründet wurde. Beide werden dem konservativen Flügel von Ennahda zugerechnet. Der von ihnen gegründete Verein, der inzwischen in vielen Orten Tunesien vertreten ist, organisiert Vorträge zu religiösen und gesellschaftspolitischen Themen, ist karitativ tätig, organisierte soziale Aktivitäten wie Familienausflüge und unterhält Jugendclubs.³⁷ Der Verein ist Teil eines Netzwerkes von karitativen islamischen Vereinen, die sich nach 2011 unabhängig von Ennahda gebildet haben.³⁸

Auch Habib al-Louz problematisiert die Tatsache, dass Ennahda die *Da'wa* zugunsten der Konzentration auf die politische Reform vernachlässigt habe. Als islamistische Partei müsse Ennahda die Moderne mit dem Islam aussöhnen. Es sei notwendig, ihre politischen Reformpositionen in einen islamischen Referenzrahmen zu stellen. Sonst würde Ennahda viele junge Menschen in die Arme von Salafisten treiben, die der Partei vorwerfen, ihre islamischen Positionen aus politischer Opportunität aufgegeben zu haben. Ennahda würde Einfluss in religiösen Kreisen verlieren, ohne Einfluss in säkularen Kreisen hinzuzugewinnen. Er verweist darauf, dass in Sfax, wo die *jamia al-da'wa wal-islam* eine gesellschaftliche Rolle spielt und auch die Ennahda selbst ihr islamisches Erbe stärker herausstellt, Salafisten weniger Einfluss haben als in Hautstadt Tunis. Er hofft, dass Ennahda auf dem nächsten Parteitag ihr Verhältnis zwischen *Da'wa* und politischer Praxis wie angekündigt klären wird. Louz plädiert für die Beibehaltung der Partei und die Gründung einer starken – wenn auch organisatorisch von der Partei unabhängigen – *Da'wa*-Bewegung.³⁹

6. Die Zivilgesellschaft aus Sicht Ennahdas: Re-Formulierung des Begriffs und offene Problematiken

In der Dynamik des Transformationsprozesses ab 2011 hat sich auch der Begriff von Zivilgesellschaft geändert. Das gilt sowohl für Ennahda wie auch für den Rest der tunesischen Gesellschaft. Dies war nicht immer reibungslos. Teile der Zivilgesellschaft haben sich in einem Maße in die politische Polarisierung hineinziehen lassen, dass sich das Rollenverständnis von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Parteien vermengt hat. Einige würden NGOs glauben, dass Zivilgesellschaft grundsätzlich oppositionell sein müsse, und seien grundsätzlich skeptisch gegenüber staatlichen Institutionen, meint Badreddine Abdelkafi. Sie hätten nicht verstanden, dass es in Tunesien ein demokratisch gewähltes Parlament gäbe, das tunesische Öffentlichkeit repräsentiere.

„Es gibt noch keine klare Definition dessen, was wir unter Zivilgesellschaft verstehen. Manche zählen Gewerkschaften dazu, andere nicht. Manche schließen karikative Institutionen ein, andere nicht“, fasst Samir Dilou, ehemaliger Menschenrechtsminister und heute Beauftragter von Ennahda für Zivilgesellschaft: „Für mich sind alle Initiativen außerhalb formaler Staatsstrukturen Teil der Zivilgesellschaft. Die Zivilgesellschaft hat eine wichtige Funktion als Pressure Group und Korrektiv politischer Entscheidung. Das ist besonders wichtig für die Übergangsphase, in der sich Tunesien befindet.“ Ennahda wolle die Zivilgesellschaft nicht entpolitisieren, würde sie jedoch gerne von der Parteienlandschaft entkoppeln und dadurch entideologisieren. In der Übergangsphase hätte die Zivilgesellschaft zeitweise den politischen Prozess moderiert und damit die Rolle von Parteien ersetzt. Damit hätte sie sich sehr weitreichende Kompetenzen eingeräumt.

Langsam gewinnt das Konzept von Ennahda einer Zivilgesellschaft in einem post-revolutionären Tunesien Konturen. Demnach würden zivilgesellschaftliche Organisationen und Bewegungen themenzentriert oder wertorientiert arbeiten oder Interessen von fest umrissenen sozialen Gruppen vertreten. Auf der Basis ihrer Programmatik und im Interesse ihrer Klientel würden sie in politische Entscheidungen oder Gesetzgebungsprozesse eingreifen. Die Konkurrenz um die exekutive Macht solle jedoch politischen Parteien vorbehalten bleiben. Die Trennung sei auch aus einem anderen Grund wichtig, so Samir Dilou. Die neue Gesetzgebung würde zivilgesellschaftlichen Organisationen sehr viel mehr Freiräume einräumen als Parteien. So dürften NGOs ausländische Finanzierung empfangen. Parteien dürften dies nicht.

Die Polarisierung innerhalb der Zivilgesellschaft hat es in der ersten Phase des Transformationsprozesses Mitgliedern von Ennahda erschwert, einen Platz in der Zivilgesellschaft zu finden. Sie fühlten sich von laizistischen Anti-Ennahda-Aktivisten „eingekreist“. Wenn sich Ennahda-Aktivisten in bestehende Organisationen oder Gewerkschaften integrieren wollten, wurde ihnen vorgeworfen, sie wollten diese unterwandern. Gründeten sie selber Organisationen hieß es, sie wollten die Zivilgesellschaft spalten. Ennahda lehnt eine Spaltung der Zivilgesellschaft entlang politischer Lager ab. „Es ist weder von Vorteil für Ennahda, noch für den demokratischen Übergangsprozess, wenn wir die politische Polarisierung in die Zivilgesellschaft tragen,“ so Samir Dilou. „Es wäre eine Katastrophe, wenn wir in Tunesien eine Zivilgesellschaft und eine Gegenzivilgesellschaft haben, eine ‚Straße‘ und eine ‚Gegen-Straße‘. Irgendwann haben wir dann ein Volk und einen Gegen-Volk. Wohin das führt, haben wir in Ägypten erlebt. Wir befinden uns nicht in einer Phase des Kampfes, sondern des Aufbaus. Dabei geht es nicht um Ideologie. Den Hungrigen zu essen zu geben setzt

keine politische Farbe voraus.“ Mit der Gründung von Netzwerken wie dem Pôle Civil geht es den Initiatoren aus den Reihen von Ennahda nicht um die Gründung von parteinahen Massenorganisationen, sondern um Schaffung von offene Strukturen, über die sie sich in die Zivilgesellschaft integrieren könne. Aus diesem Grunde nehmen sie die Unabhängigkeit ihres Netzwerkes und die Vermeidung von Funktionsüberscheidungen akribisch ernst.

Die Polarisierung der Zivilgesellschaft steht auch dem Aufbau von Beziehungen zu überregionalen zivilgesellschaftlichen Institutionen im Weg und erschwert den Zugang zu Entwicklungsfonds internationaler Geberorganisationen, vor allem der Europäischen Union. Aufgrund ideologischer Nähe stehen diese laizistischen Kräften näher. Die laizistischen NGOs sind aufgrund langjähriger Kooperationen auch vertrauter mit komplizierten Antragsverfahren für Projekte, die sich aus der Sicht von neuen NGOs als wenig transparent darstellen. Aber gerade in einem Transformationsprozess mit einer sich dynamisch entwickelnden Zivilgesellschaft, die erst noch Erfahrungen sammeln muss, ist dies problematisch. Dabei verfügen die jungen NGOs über viel Entwicklungspotential, sind in ihren Milieus verankert und können deswegen einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung des Transformationsprozesses beitragen.

7. Auswertung

- I. **Ennahda spielt bedingt durch ihre Entstehungsgeschichte und ihrem Selbstverständnis eine Doppelrolle.** Sie ist zum einen soziale Erneuerungsbewegung, zum anderen politische Partei. Es liegt an ihr, diese Rolle zu klären und zu reflektieren. Aus Sicht von Ennahda ist wichtig, dass Organisationen von Zivilgesellschaft nicht instrumentalisiert werden. Zivilgesellschaft sollte idealtypisch ohne Parteiloyalität auskommen, da sie nur so die Funktion einer Kontrollinstanz ausüben kann. Stattdessen sollte jede Partei über Gremien verfügen, die Entwicklungen innerhalb der Zivilgesellschaft verfolgen.
- II. **Basierend auf den theoretischen Überlegungen Ghannouchis, folgt Ennahda einer sehr weit gefassten Definition von Zivilgesellschaft.** Sie unterscheidet dabei für Tunesien nicht zwischen säkularer und islamischer Zivilgesellschaft, sondern sieht sie als Gesamtheit *aller* unabhängig vom Staat agierenden Institutionen. Die Zivilgesellschaft ist aktiver Partner der demokratischen Staatsmacht. Dabei sollte Zivilgesellschaft als Korrektiv für staatliche Entscheidungen fungieren und als Impulsgeber und Referenz für Entscheidungsfindungsprozesse von Politikern und staatlichen Institutionen herangezogen werden können.
- III. **Die Konstituierung der Ennahda-nahen Zivilgesellschaft konnte erst nach dem Sturz Ben Alis stattfinden, da ihr vorher jegliche Partizipation untersagt war.** Ab 2013 begannen die Aktivisten sich stärker zivilgesellschaftlichen Aktivitäten zuzuwenden, um die Transformation auf Basisebene zu unterstützen.
- IV. **Im Transformationsprozess hat sich die definitorische Bedeutung des Begriffs „Zivilgesellschaft“ verändert und an neue Bedingungen angepasst.** Abdelkafi (Ennahda-Abgeordneter und Verantwortlicher für Zivilgesellschaft im Kontext der ANC) beschreibt dies folgendermaßen: „Es hat eine Evolution des Konzeptes der Zivilgesellschaft gegeben. Das Konzept umfasst alle organisierten Gruppen von Bürgern. Ausnahme sind nur die Parteien. Ich würde alles dazu rechnen: NGOs, Gewerkschaften und Interessenvereinigungen, karitative Organisationen. Aber der Begriff unterliegt einem Wechsel.“

- V. **Praktisch hat sich dieses Verständnis im „Liaison-Komitee“ der ANC manifestiert.** Dieses hat während des verfassungsgebenden Prozesses den Dialog zwischen Politik und Zivilgesellschaft organisiert, um eine breite Debatte in der Gesellschaft anzustoßen.
- VI. **Die Etablierung einer parallelen Zivilgesellschaft wird abgelehnt, da diese nur zu weiterer Polarisierung führen würde.** Stattdessen soll eine offene Zivilgesellschaft geschaffen werden, in der Aktivisten mit größtmöglicher Neutralität und Überparteilichkeit agieren. Dies ist jedoch ein mittel- und bis langfristiges Ideal, für das durch die Gründung des Pôle Civile in der in der aktuellen Phase des Neuaufbaus staatlicher Strukturen Weichen gestellt werden sollen. Inwieweit der Pôle Civile sich als Teil der Zivilgesellschaft etablieren kann oder als alternative Zivilgesellschaft wahrgenommen wird, bleibt abzuwarten.
- VII. **Ennahda sieht sich mit zwei zentralen Problemen konfrontiert: die Ausgrenzung durch die laizistische Zivilgesellschaft Tunesiens sowie fehlende Beziehungen zu potentiellen Ansprechpartnern in der EU.** Beides ist durch das Misstrauen gegenüber Ennahda als islamistischem Akteur bedingt und erschwert die Weiterentwicklung und Ausdifferenzierung der tunesischen Zivilgesellschaft als Ganzes.
- VIII. **Der religiöse Bereich der Da'wa spielt für die Mehrheit von Ennahda-Vertretern, bis auf wenige Ausnahmen, eine geringe Rolle und befindet sich selbst in einem Transformationsprozess.** Dieser sei noch nicht abgeschlossen und soll auf dem nächsten Parteitag geklärt werden. Ennahda-Mitglieder engagieren sich weiterhin in karitativen und Da'wa-Institutionen. Ziel ist es dadurch den islamischen Referenzrahmen nicht zugunsten der Politik aufzugeben, sondern Islam und Moderne auszusöhnen.

-
- ¹ Merkel, Wolfgang (2010). Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Zweite überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 124ff. Siehe auch Lauth, Hans-Joachim (2003): Ambivalenzen der Zivilgesellschaft in Hinblick auf Demokratie und soziale Inklusion. NORD-SÜD aktuell. 2. Quartal 2003. Unter: http://www.giga-hamburg.de/sites/default/files/openaccess/nordsuedaktuell/2003_2/giga_nsa_2003_2_lauth.pdf.
- ² Vgl. Adloff, Franz (2005). Zivilgesellschaft. Theorie und politische Praxis. Frankfurt: Campus Studium; Cohen, Jean L. und Arato, Andrew (1994): Civil Society and Political Theory. Cambridge/Mass.: MIT Press. Keane, John (1988): Civil Society and the State. New York: Verso Books.
- ³ Adloff, S. 8.
- ⁴ Lauth, S. 224.
- ⁵ Ebenda, S. 153.
- ⁶ Die Ausführungen von Ghannouchi basieren im Wesentlichen auf dem Kapitel zur Zivilgesellschaft in dem Buch von Tamimi, Azzam (2001). Rachid Ghanouchi. A Democrat within Islamism. New York: Oxford University Press. S. 125-153. Ghannouchi hatte sie in einem Papier entwickelt, das er 1994 auf einem Kongress in Pretoria vorgetragen hat. Vgl. Ghannouchi, Rachid (1994): al-harakat al-islamiya wal-mujtama'a al-madani [Die islamische Gesellschaft und die Zivilgesellschaft], Paper veröffentlicht in der Pretoria University im August 1994. Tamimi hatte für sein Buchprojekt Zugang zum Privatarchiv von Ghannouchi.
- ⁷ S. Ismail (1992). Al-mujtama al-madani wal-daula [Die Zivilgesellschaft und der Staat]. In: Markaz Dirasat al-Wahda al-'Arabiyya [Center for Arab Unity Studies]: Al-mujtama al-madani fi al-watan al-'arabi [Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt]. Beirut. Zitiert nach Tamimi, S. 133.
- ⁸ Ebenda.
- ⁹ Ebenda, S. 126.
- ¹⁰ Ebenda, S. 134.
- ¹¹ Ebenda, S. 125 und 135.
- ¹² Zitiert nach ebenda, S, 126.
- ¹³ Vgl. Tamimi, S. 134.
- ¹⁴ Ebenda, S. 134f.
- ¹⁵ Ebenda.
- ¹⁶ Ebenda, S. 105-124.
- ¹⁷ Ebenda, S. 153.
- ¹⁸ Jasmine Foundation (2014): An Interview with Badreddine Abdelkafi : The Role of Civil Society in Drafting the New Constitution. Abrufbar unter: <http://www.jasmine-foundation.org/en/?tag=badreddine-abdelkafi>. Letzter Zugriff: 25.2.2015.
- ¹⁹ United Nations Development Programme Representation Office (2014): Celebrating the first bloom of the Arab Spring: Tunisia adopts its new constitution. Abrufbar unter: <http://www.undp.org/content/brussels/en/home/presscenter/articles/2014/02/14/celebrating-the-first-bloom-of-the-arab-spring-tunisia-adopts-its-new-constitution/>. Letzter Zugriff: 25.2.2015.
- ²⁰ Interview mit Badreddine Abdelkafi, Tunis, November 2014.
- ²¹ United Nations Development Programme Representation Office (2014): New constitution a historic landmark on journey to democracy for Tunisia. Abrufbar unter: <http://www.undp.org/content/undp/en/home/presscenter/articles/2014/01/27/new-constitution-a-historic-landmark-on-journey-to-democracy-for-tunisia.html>. Letzter Zugriff: 25.2.2015.
- ²² Interview mit Badreddine Abdelkafi, Tunis, November 2015.
- ²³ Ebenda.
- ²⁴ Hintergrundgespräch mit Faouzi Ben Helal, Tunis, November 2014.
- ²⁵ Hintergrundgespräch mit JugendvertreterInnen des Pôle Civile, November 2014.
- ²⁶ Vgl. das Werk von Baqr Sadr: Iqtusaduna (Unsere Wirtschaft) und die Werke von Ali Shariati.
- ²⁷ Interview mit dem Beauftragten Ennahdas für Gewerkschaftsfragen, Mohammed al-Gouelwi, Tunis, Oktober 2013.
- ²⁸ Ebenda.
- ²⁹ Ebenda.
- ³⁰ Bouazra, Hassine (2014): L'UTT en confrontation directe avec l'UGTT.. Houcine Abassi: "Ismail Sahbani a intérêt à se taire...». Abrufbar unter: <http://www.letemps.com.tn/article/85367/l%E2%80%99utt-en-confrontation-directe-avec-l%E2%80%99ugtt-houcine-abassi%C2%A0-%C2%ABisma%C3%AFI-sahbani-int%C3%A9r%C3%AAt-%C3%A0>. Letzter

Zugriff: 25.2.2015.

³¹ Al-Mamouni, Mohamed (2014): *al-islamiyun wa al-`amil al-niqabi – ussus al-`amil al-niqabi* [Die Islamisten und die Gewerkschaftspraxis – Grundlagen der Gewerkschaftspraxis], Tunis: Sotepa Graohic, S. 17f.

³² Hintergrundgespräch mit Mohammed al-Gouelwi, Tunis, Januar 2014.

³³ UTAP Interview mit Dr. Adel Messaouidi (Stellvertreter der Vorsitzender der UTAP), Chokro Rezgui (Vorstandmitglied, verantwortlich für Ackerbau) und Abdelkhalek Ajlani (Verantwortlich für internationale Beziehungen): Veterinäre, Landwirtschaftsingenieure, Lehrer Einfluss erklärt sich aus der Tatsache, dass viele Ennahda-Mitglieder, die Berufsverbote in Staatsinstitutionen hatten, sich in die LW zurückzogen. Die meisten Familien in Tunesien verfügen über Land. Dadurch ist der Einfluss von Ennahda gewachsen.

³⁴ Gespräch mit Adel Masaoudi, dem stellvertretendem Vorsitzenden der UTAP und anderen Vorstandsmitgliedern, Tunis, Oktober 2013.

³⁵ Interview mit Hicham Larayedh, Tunis, Oktober 2014.

³⁶ Interview mit Abdelfattah Mourou, Tunis, November 2014.

³⁷ *Jam`ia al-da`wa wal-islam*. Abrufbar unter: <https://www.facebook.com/Da3wA.wa.IslaH.Sfax>. Letzter Zugriff: 25.02.2015.

³⁸ Vgl.: <http://islam.tunisie.com/>. Letzter Zugriff: 25.02.2015.

³⁹ Interview mit Habib al-Louz, Tunis, Juni 2013.

Autorin

Ivesa Lübben ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachgebiet Politik des CNMS. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören „Moderate islamistische Parteien und Bewegungen in Ägypten und den Mashreq-Ländern“.

Kontakt: ivesa.luebben@uni-marburg.de



Hintergrund

Die Schriftenreihe "MENA direkt" ist angesiedelt am Fachgebiet Politik des Centrums für Nah-und Mittelost-Studien (CNMS) der Philipps-Universität Marburg unter der Leitung von Prof. Dr. Rachid Ouassa. Sie beschäftigt sich mit den politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Transformationsdynamiken und aktuellen Entwicklungen in der Region des Nahen und Mittleren Ostens. Die Schriftenreihe versteht sich als prozessbegleitende Dokumentation der Umbruchprozesse in der Region. Die zugehörige Themenreihe „Islamismus in Bewegung“ ist im Rahmen von Transformationspartnerschaftsprojekten des Fachgebiets mit dem Auswärtigen Amt entstanden.

**Alle Rechte vorbehalten. Die hier geäußerten Meinungen spiegeln die der Autoren wider.
Kommentare können gerne direkt an die Autoren gerichtet werden.**